

10 Vorurteile

gegen Arbeitslose und
Sozialhilfeberechtigte



und mehr als
10 Argumente
dagegen



DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt
Landesarmutskonferenz Niedersachsen

Herausgeber:

Landesarmutskonferenz Niedersachsen und
DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Bezug und Kontakt:

DGB-Bezirk Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Ulrich Gransee

Dreyerstr. 6

30169 Hannover

Tel.: (0511) 12 601 47

Fax: (0511) 12 601 57

e-mail: ulrich.gransee@dgb.de

Überarbeitung: Thomas Franzen und Michaela Grön, c/o ZEPRA e.V.

Gestaltung: Regina Volkmer, volkmerregina@gmx.de

Titelbild: Daniel Freymüller, Comicgruppe Lampe, lampe@trillke.net

Druck:

Quensen Druck + Verlag GmbH

Utermöhlestraße 9

31135 Hildesheim

Die Broschüre ist auch im Internet zum Download als PDF-Datei erhältlich unter
www.nsb.dgb.de/material/material.html

8. überarbeitete Auflage, Juli 2003

Vorwort

Nach wie vor gibt es in der öffentlichen Diskussion und in der Politik das beliebte „Spiel“, die Schuld an der Arbeitslosigkeit auf die Arbeitslosen zu schieben.

Mit vermeintlichen Reformen wird der Druck auf Arbeitslose gesteigert. Die Tatsache, dass das Kernproblem des Arbeitsmarktes darin liegt, dass die Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze gravierend geringer ist als die hohe Zahl von Menschen, die einen Arbeitsplatz suchen, wird fast vollständig ausgeblendet.

Mit dieser 8. überarbeiteten Auflage unserer Broschüre setzen wir weiterhin darauf, Vorurteilen gegenüber Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen wichtige Fakten entgegen zu halten. Über Anregungen und konstruktive Kritik zu dieser Broschüre und ihrer Präsentation im Internet freuen wir uns.

Dr. Antje Richter,
Sprecherin der Landesarmutskonferenz
Niedersachsen

Ulrich Gransee,
DGB-Bezirk
Niedersachsen - Bremen - Sachsen-Anhalt

Hannover, 15. Juli 2003

Tatsache

Im Jahr 2002 waren in Niedersachsen 361.640 Menschen arbeitslos. Diese Menschen standen 43.237 offenen Stellen gegenüber. Das bedeutet, dass auf eine offene Stelle in Niedersachsen 8 bis 9 Arbeitslose kamen.

„Wer Arbeit will, findet auch welche...“

Fazit

Die Chance, auf dem Arbeitsmarkt eine Stelle zu bekommen, ist gering. Was fehlt, ist nicht die Motivation der Arbeitslosen. Was fehlt, sind Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl.

Der Arbeitslosenreport 1999 belegt, dass für über 90% aller unterbeschäftigten Westdeutschen die Arbeitsplatzsuche wichtig bis sehr wichtig ist, dass aber 43% ihre Arbeitsmarktchancen als schlecht, darunter 19% sogar als fast aussichtslos einschätzen.

Quellen:

Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen 2002.

Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen: Arbeitsmarktdaten Niedersachsen 2002.

Frister u.a.: Arbeitslosenreport 1999 (S. 45 u. 58f.). Berlin, 1999.

Tatsache

Im Jahre 2002 erhielten 78,8% der Arbeitslosengeld-EmpfängerInnen weniger als 900 Euro im Monat; rund 70% der Arbeitslosenhilfe-EmpfängerInnen mussten mit weniger als 600 Euro im Monat auskommen. Im Schnitt müssen EmpfängerInnen von Arbeitslosenhilfe mit rund der Hälfte ihres vorherigen Erwerbseinkommens

Das Statistische Bundesamt stuft das Armutspotential für Arbeitslosenhaushalte als sehr hoch ein. Fast jeder zweite Arbeitslosenhaushalt gilt nach den Kriterien der EU-Kommission als einkommensarm.

„Arbeitslosen geht es finanziell viel zu gut...“

auskommen.

Da die Anpassungen der Leistungen in den vergangenen Jahren nicht mit dem Anstieg der Lebenshaltungskosten mithalten konnten, sind die Bezüge faktisch rückläufig: In Westdeutschland sank das durchschnittliche reale Arbeitslosengeld von 728 Euro (1995) auf 686 Euro (2002) und die durchschnittliche reale Arbeitslosenhilfe von 515 Euro auf 493 Euro.

Fazit

Arbeitslosen geht es gegenüber Verdienenden finanziell ausgesprochen schlecht.

Insbesondere BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe sind oft auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen, da die Leistungen vom Arbeitsamt die Existenz nicht sichern.

Quelle:

DGB Bundesvorstand: Finanzielle Sicherung bei Arbeitslosigkeit. In: Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ISA) Nr. 1/2003.

Tatsache

Auf dem Arbeitsmarkt gibt es ständig Bewegung: Im Jahresverlauf 2002 mussten sich 684.572 Menschen in Niedersachsen arbeitslos melden, aber es fanden auch 661.926 Abgänge aus der Arbeitslosigkeit statt.

27% der Arbeitslosen sind übrigens nur übergangsweise arbeitslos gemeldet: weil sie

Engagement, wenn man bedenkt, wie groß die Konkurrenz von geringqualifizierten Arbeitskräften auf dem Arbeitsmarkt ist.

Trotz der schlechten Arbeitsmarktchancen hat sich die durchschnittliche Zahl der Bewerbungen pro arbeitsloser Person von 1994 mit 14 bis 1999 auf 29 Bewerbungen mehr als verdoppelt (in Westdeutschland

„Die meisten Arbeitslosen wollen gar nicht arbeiten gehen...“

demnächst in Rente gehen (15%), bis zum Antritt der neuen Stelle (5%), aus privaten, familiären, gesundheitlichen Gründen (7%). Die restlichen 73% aller Arbeitslosen suchen nach Arbeit, 50% aller Arbeitslosen sogar mit hoher Aktivität. Das ist ein großes

Fazit

Die Fakten belegen, dass sich die meisten Arbeitslosen aktiv um Arbeit kümmern. Die Erfahrungen von Arbeitslosenprojekten zeigen zudem, dass die Betroffenen unter ihrer erzwungenen Arbeitslosigkeit leiden.

sind es sogar 33 Bewerbungen).

Dabei schwinden insbesondere bei älteren BewerberInnen die Chancen auf Erfolg. Die Wahrscheinlichkeit, die Arbeitslosigkeit wieder in Richtung des ersten Arbeitsmarktes zu verlassen, hängt in hohem Maße vom Alter der Betroffenen ab. Dieses Manko lässt sich auch durch ein hohes Engagement bei der Suche nach einer neuen Stelle kaum kompensieren. Es handelt sich hierbei vielfach um Personen, die bis zu ihrer Arbeitslosigkeit stabile Erwerbsverläufe hatten.

Quellen:

Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen: Arbeitsmarktdaten Niedersachsen 2002.

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Kurzbericht Nr. 1+2/21.1.2002.

Frister u.a.: Arbeitslosenreport 1999. Berlin, 1999.

Tatsache

Für eine neue Stelle sind Arbeitslose bereit, erhebliche Verschlechterungen gegenüber ihrem früheren Arbeitsplatz hinzunehmen.

87% würden einen Berufswechsel in Kauf nehmen (darunter 59% sogar ohne weiteres), ebenfalls 87% würden Arbeit annehmen, die unter dem fachlichen

hende Lohnabschläge zu akzeptieren. Mehr als 40% würden erhebliche Einbußen hinnehmen.

Seit 1997 gilt nach einem halben Jahr Arbeitslosigkeit ein Arbeitsplatz als zumutbar, dessen Verdienst nicht höher ausfällt als die bisherige Arbeitslosengeld- oder Arbeitslosenhilfe-Leistung.

„Die Arbeitslosen sind nicht flexibel genug...“

Können liegt (darunter 45% ohne weiteres). 85% würden einen längeren Weg zur Arbeit akzeptieren (darunter 42 % ohne weiteres) und 75% wären mit unangenehmen Arbeitsbedingungen einverstanden (darunter 33% ohne weiteres).

Mehr als 74% der Arbeitslosen (darunter 19 % ohne weiteres) sind bereit, für eine Wiedereinstellung zumindest vorüberge-

Fazit

Von fehlender Flexibilität der Arbeitslosen kann weder in Bezug auf den Wohnort noch auf den Verdienst oder die Art der Tätigkeit gesprochen werden.

Quellen:

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Kurzbericht Nr. 25/2002.
Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen: Arbeitsmarktdaten Niedersachsen 2002.

Tatsache

Die Bundesrepublik ist auf Einwanderung angewiesen. Wegen des demographischen Wandels werden Arbeitskräfte knapp - vor allem hochqualifizierte - und Probleme bei der Sozialversicherung entstehen.

Laut IAB wird das Erwerbspotential von 42 Mio. im Jahr 2002 auf nur 26 bis 27 Mio. im Jahr 2040 sinken

(Wanderungszahlen unberücksichtigt). Selbst ein Wanderungssaldo von +500.000 EinwandererInnen pro Jahr und eine hohe Frauenerwerbsbeteiligung würden nicht reichen, den Rückgang des Erwerbspotentials langfristig auszugleichen.

Die Bundesrepublik wird also mit anderen entwickelten Industrienationen

„Ohne AusländerInnen hätten wir auch keine Arbeitslosen ...“

Fazit

Um bei der derzeitigen Bevölkerungsentwicklung gute Voraussetzungen für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen, ist es wichtig, dass AusländerInnen das Erwerbspotential zumindest stabil halten.

Arbeitslosigkeit ist ein gesellschaftliches Problem, das wir gemeinsam lösen müssen.

um gut ausgebildete ArbeitsmigrantInnen konkurrieren müssen. Die Attraktivität eines Einwanderungslandes zeigt sich auch darin, wie es mit seinen (Arbeits-)MigrantInnen in Zeiten wirtschaftlicher Krisen umgeht.

EinwandererInnen sichern und schaffen als KonsumentInnen und Selbständige viele Arbeitsplätze: die Gründungsquote unter der ausländischen Wohnbevölkerung war 2002 deutlich höher als unter der deutschen, die absolute Anzahl ausländischer Selbständiger stieg in den letzten 10 Jahren stärker an als die deutscher, ausländische GründerInnen beschäftigen durchschnittlich mehr Personal als deutsche.

Quellen:

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Kurzbericht Nr. 9/28.6.2000.

Deutsche Ausgleichsbank (DtA): DtA-Studie: Wirtschaftsdynamik durch Existenzgründungen von Migranten. Analysen auf Basis der DtA-Förderdaten und des DtA-Gründungsmonitors. Berlin, 2003. (www.wta.de).

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB): Werkstattbericht Nr. 7/20.5.2003.

Tatsache

Die offizielle Armutsgrenze in der Europäischen Union liegt bei 50% des durchschnittlichen Einkommens im jeweiligen Mitgliedsstaat. Untersuchungen der niedersächsischen Landesregierung haben ergeben, dass diese 50%-Grenze des gewichteten durchschnittlichen Nettoeinkommens pro Kopf und Monat

„Dafür, dass Sozialhilfeberechtigte nicht arbeiten, bekommen die viel zu viel Geld ...“

(Nettoäquivalenzeinkommen) für 2001 mit 541,46 Euro angegeben werden muss.

2001 betrug der durchschnittliche Bruttobedarf an Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) in Niedersachsen pro Kopf und Monat 584,- Euro. Das bedeutet, dass die Sozialhilfe vieler Bedürftiger um die Armutsgrenze schwankt.

Fazit

Sozialhilfe ist keinesfalls üppig, sie schützt nicht einmal vor Armut. Die Höhe der Sozialhilfeleistungen liegt in der Regel an der Armutsgrenze und steigt nicht einmal den Lebenshaltungskosten angemessen.

Quellen:

Niedersächsisches Landesamt für Statistik: Statistischer Bericht Sozialhilfe 2001. dass.: Entwicklung von Reichtum und Armut in Niedersachsen und Deutschland im Jahre 2001. in: Statistisches Monatsheft 1/2003.

Statistisches Bundesamt: <http://www.destatis.de/indicators/d/vpi001aj.htm>

Tatsache

Das Lohnabstandsgebot gewährleistet im Durchschnittsfall, dass die Sozialhilfe niedriger ist als untere Erwerbseinkommen (§25 BSHG). Gutachten bestätigen die Wirksamkeit dieses Gebots. Bei einem Ehepaar mit drei Kindern, bei dem nur der Mann beschäftigt ist, und zwar in der untersten Entgeltgruppe, beträgt der Abstand

rund 25%, bei einem Alleinstehenden über 50% des durchschnittlichen unteren Erwerbseinkommens. Selbst bei einem Stundenlohn von 4 Euro verdienen Alleinstehende mehr als sie an Sozialhilfe erhalten können.

In Einzelfällen müssen Erwerbstätige zusätzlich Sozialhilfe in Anspruch nehmen,

„Die Sozialhilfe ist oft höher als die Einkommen von Niedrigverdienenden ...“

Fazit

Es existiert ein deutlicher Abstand zwischen durchschnittlich niedrigen Einkommen und der Sozialhilfe. Das Lohnabstandsgebot ist in der Praxis verwirklicht. Es sollte uns dagegen sehr beunruhigen, dass viele Menschen trotz Erwerbseinkommens sozialhilfebedürftig sind.

um das Existenzminimum zu erreichen. Die Ursachen liegen nicht in einem überhöhten Sozialhilfeniveau, sondern meist darin, dass Kinder betreut werden müssen und deshalb nur ein Elternteil verdient oder Alleinerziehende nur Teilzeit arbeiten können.

Quellen:

Brigitte Lange (MdB): Argumente zur Diskussion um die Sozialhilfe. Berlin, 2001.

DGB Bundesvorstand: Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ISA). 04/2001.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans Böckler Stiftung. WSI-Mitteilungen: Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt? Schwerpunkttheft 5/2003.

Institut für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung (ISL): Verdeckte Armut in Deutschland. Frankfurt am Main, 1998.

Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik: Der Abstand zwischen Sozialhilfe und unteren Arbeitnehmereinkommen. Forschungsbericht Nr. 276 beim BMA. Köln, 1999.

Tatsache

Da Sozialhilfe nur bei Offenlegung aller Vermögens- und Einkommensverhältnisse gewährt wird, wird ein Missbrauch in diesem Bereich überaus erschwert. Bisher ist es nicht gelungen, ihn allgemein zu quantifizieren. Es liegen auch keine Anhaltspunkte vor, dass es bei der Sozialhilfe mehr Missbrauch gibt als bei Steuern, Subventionen, Beschäftigung

Berechtigten, Sozialhilfe gar nicht erst in Anspruch, aus Scham oder Unkenntnis. Sie werden als „verdeckte Arme“ bezeichnet. Durch sie sparte die öffentliche Hand allein im Jahr 1995 rund 4,48 Milliarden DM.

„Es gibt zuviel Missbrauch bei der Sozialhilfe ...“

oder anderen Sozialleistungen. Das Bremer Sozialamt konnte durch den Abgleich von Sozialhilfe mit Sozialversicherungsdaten unter 21.000 HilfeempfängerInnen 99 Fälle ermitteln, bei denen ein Missbrauchsverdacht entstand; das sind 0,47%.

Auf der anderen Seite nimmt ein beträchtlicher Anteil der Bevölkerung in Deutschland, nämlich 63,1% der

Fazit

Angesichts der tatsächlich ermittelten Missbrauchszahlen und angesichts dessen, dass noch nicht einmal die Hälfte aller Sozialhilfeberechtigten ihre Ansprüche auch geltend macht, liegt der Verdacht nahe, dass die Missbrauchsdebatte der Stimmungsmache und der Abschreckung möglicher AntragstellerInnen dienlich ist, aber nicht der Realität entspricht.

Quellen:

taz - Bremen, 18. Februar 1999.

DGB Bundesvorstand: Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ISA). 04/2001.

Hans Böckler Stiftung: Armut und Reichtum in Deutschland. Forschungsinitiativen für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Düsseldorf, 2003.

Institut für Sozialberichterstattung und Lebenslagenforschung (ISL): Verdeckte Armut in Deutschland. Frankfurt am Main, 1998.

Tatsache

SozialhilfeempfängerInnen versuchen sehr aktiv, ihre Situation zu verändern. Nach etwa einem Jahr stehen 43% von ihnen wieder auf eigenen Füßen. Nur 10% der NeubezieherInnen eines Jahrgangs verbleiben länger als fünf Jahre in der Sozialhilfe (durchschnittliche Bezugsdauer 26 Monate).

Arbeitsverweigernden drohen schwere

Sanktionen. Nach dem Bundessozialhilfegesetz ist jede Arbeit zumutbar - auch niedrigst-entlohnte, untertariflich bezahlte Arbeit sowie die Maßnahmen der Hilfe zur Arbeit, selbst wenn für die Tätigkeit arbeits- und sozialrechtliche Schutzregelungen umgangen werden.

Studien zeigen, dass für Sozialhilfe-

„Wenn SozialhilfeempfängerInnen Geld vom Staat erhalten, wollen sie gar nicht mehr arbeiten ...“

Fazit

Einem großen Teil der SozialhilfeempfängerInnen ist es (übergangsweise) nicht möglich, auf den Arbeitsmarkt zu gelangen. Sie sind auf die sozialstaatliche Hilfe angewiesen.

Dass Menschen länger als nötig Sozialhilfe in Anspruch nehmen, ist unwahrscheinlich.

Sanktionsmaßnahmen, geringes Einkommen und gesellschaftliche Ächtung möchte freiwillig niemand lange auf sich nehmen.

empfängerInnen beim Wechsel in die Erwerbsarbeit Anerkennung, Integration und Entwicklungsmöglichkeiten wichtiger sind als eine finanzielle Verbesserung.

„Arbeitsfähig“ ist übrigens nur ein Teil der SozialhilfeempfängerInnen, ca. 30% waren es Ende 2000. 37% der SozialhilfeempfängerInnen sind Minderjährige, 11,3% sind älter als 60 Jahre. Andere können wegen Krankheit, der Familiensituation, Kinderbetreuung oder Behinderung keiner Arbeit nachgehen.

Quellen:

Brigitte Lange (MdB): Argumente zur Diskussion um die Sozialhilfe. Berlin, 2001.

DGB Bundesvorstand: Informationen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik (ISA). 04/2001.

Hans Böckler Stiftung: Armut und Reichtum in Deutschland. Forschungsinitiativen für mehr Verteilungsgerechtigkeit. Düsseldorf, 2003.

Niedersächsisches Landesamt für Statistik: Niedersachsen-Monitor 2002.

Tatsache

In den letzten Jahren sind in Deutschland Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe sowie Sozialhilfe gesenkt, die Leistungsvoraussetzungen verschlechtert und die Zumutbarkeitsregelungen verschärft worden.

Die Sozialleistungen des Staates werden inzwischen überwiegend von den Lohn- und GehaltsempfängerInnen finanziert.

Die gestiegenen und zudem geringer mit Steuern belasteten Gewinne und Vermögenseinkommen sind in den vergangenen Jahren nicht dazu verwendet worden, zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen und die Arbeitslosigkeit zu verringern.

„Die Sozialleistungen müssen gesenkt werden, damit Arbeitsplätze entstehen und der Sozialstaat überlebt ...“

1960 war die Quote der Gewinn- und Vermögenssteuern mit ca. 34% deutlich höher als der Anteil der Lohn- und Gehaltssteuern (ca. 12%). 2001 dagegen trugen die Lohn- und Gehaltssteuern mit ca. 34% zu den Steuereinnahmen des Staates bei, die Gewinn- und Vermögenssteuern nur mit ca. 15%. Gleichzeitig ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen gesunken (1994: 75,2%, 2002: 73,7%), während der Anteil der Gewinn- und Vermögenseinkommen am Volkseinkommen entsprechend wuchs.

Quellen:

ver.di-Landesbezirk NRW: Um-fair-teilung. Daten und Fakten zur Verteilungssituation in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf, März 2003.

Landesarmutskonferenz Niedersachsen und DGB Bezirk Nds-HB-SAN: 10 Vorurteile (...). Hannover, 2002.

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut in der Hans Böckler Stiftung. WSI-Mitteilungen: Mehr Markt auf dem Arbeitsmarkt? Schwerpunkttheft 5/2003.

Fazit

Neue Arbeitsplätze entstehen weder durch einen größeren Druck auf Arbeitslose noch durch Sozialabbau. Nicht eine Verringerung der Leistungen, sondern eine solidarisch organisierte Sicherung der Einnahmen lässt den Sozialstaat überleben.

Sparmaßnahmen im sozialen Bereich werden verheerende Folgen haben. Diese Folgen sind nicht durch den Erfolg steuerlicher Vorteile für die Wirtschaft wettzumachen.

Sozialhilfeberechtigte und Arbeitslose in Niedersachsen

Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2002

361.640 Personen (Jahresdurchschnitt, JD),
das sind 11.531 Menschen oder 3,3% mehr als im Jahr 2001

Arbeitslosenquote (der abhängig Beschäftigten) 2002

10,2% (JD) (2001: 10,0 %; 2000: 10,3%; 1999: 11,5%)

Zahl der Langzeitarbeitslosen 2002

115.146 (JD), das entspricht einem Anteil von
31,8% an der Gesamtarbeitslosigkeit (JD 2001: 114.634, bzw. 32,7%)

Zahl der SozialhilfeempfängerInnen in Niedersachsen (Laufende Hilfe zum Lebensunterhalt) zum Jahresende 2001*

306.767 Personen außerhalb von Einrichtungen
(2000: 309.275; 1999: 316.730; 1998: 334.716),
zum Jahresende 2002 ist mit einer Steigerung um ca. 2% zu rechnen

Die Hauptursachen des Sozialhilfebezuges

1. Arbeitslosigkeit: 40%
2. Mangelnde schulische oder berufliche Qualifikation: 13,3%
3. Trennung/Scheidung: 9,5%
4. Unzureichendes Erwerbseinkommen: 8,8%

Quellen:

Bundesanstalt für Arbeit: Arbeitsmarkt in Zahlen 2002.

Landesarbeitsamt Niedersachsen-Bremen: Arbeitsmarktdaten Niedersachsen 2002.

Niedersächsisches Landesamt für Statistik: NLS-Online. Hannover, 2003.

Brigitte Lange (MdB): Argumente zur Diskussion um die Sozialhilfe. Berlin, 2001.

* Bei Redaktionsschluss lagen die Zahlen für 2002 noch nicht vor

Nachwort

Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt - der Bundesrepublik Deutschland. Rechnerisch zumindest hat jeder der rund 44 Mio. Haushalte ca. 75.000 Euro Bargeld und rund 190.000 Euro in Sach- und Anlagewerten.

Diese rechnerischen Durchschnittszahlen täuschen natürlich. Es gibt immer mehr Millionäre - gleichzeitig aber auch immer mehr Arme. Mehr als sieben Millionen Menschen müssen von weniger als der Hälfte des Durchschnittseinkommens, drei Millionen von der Sozialhilfe leben. Auch Arbeit schützt nicht mehr vor Armut.

Der private Reichtum muss seinen Anteil an der Finanzierung sozialer Sicherung übernehmen, er muss sich wieder auf den sozialstaatlichen Konsens besinnen, will er nicht eine soziale Klimakatastrophe riskieren!

Quelle:

ver.di NRW - Um-fair-teilung - Daten und Fakten zur Verteilungssituation in der Bundesrepublik Deutschland, März 2003.

Die **Landesarmutskonferenz Niedersachsen** ist ein Forum der Verbände der Freien Wohlfahrts-
pflege, des DGB-Bezirkes und von Verbänden und Initiativen auf Landesebene. Sie tragen dazu bei, das
Armutproblem zu überwinden und repräsentieren die Selbsthilfeansätze der von Armut betroffenen
oder bedrohten Bevölkerungsgruppen .

Die Landesarmutskonferenz Niedersachsen versteht sich als regionale Initiative zur Nationalen Armut-
konferenz. Sie ist ein Forum, das einen Beitrag zur Vernetzung der Aktivitäten gegen Armut leisten will.

Mitglieder der Landesarmutskonferenz Niedersachsen (Stand Juli 2003):

Arbeiterwohlfahrt (AWO), LAG Nds., c/o Bez.-Verb. Braunschweig e.V; Arbeitsgemeinschaft der
Familienverbände; Caritasverband für die Diözese Osnabrück e.V.; Deutscher Kinderschutzbund (DKSB) -
LV Nds.; Deutscher Mieterbund - LV Nds./HB; Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) Bezirk Niedersachsen
- Bremen - Sachsen-Anhalt; Diakonische Werke Nds., c/o DW Oldenburg-Stadt; Deutsches Rotes Kreuz
(DRK) - LV Nds.; Ev. Fachverband Wohnung und Existenzsicherung; LAG Soziale Brennpunkte Nds.;
Landesvereinigung für Gesundheit (LVG) Nds. e.V.; Niedersächsischer Flüchtlingsrat; Nds. Initiativkreis
für gesündere Städte u. Gemeinden – Landesbüro; Paritätischer Niedersachsen; Selbsthilfebüro Nds.
der dt. AG Selbsthilfegruppen; Sozialverband Deutschland, Landesverband Niedersachsen; Verband
Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) - LV Nds; Verbraucherzentrale Niedersachsen; ZEPRA e.V.
(LAG der Arbeitslosenprojekte für Erwachsene in Nds.)

Geschäftsstelle

Landesarmutskonferenz Niedersachsen
c/o ZEPRA e.V.
Dreyerstraße 6
30169 Hannover
Tel.: (0511) 131 99 30
Fax: (0511) 131 67 50

Im Internet:
www.zepra-niedersachsen.de

e-mail:
zepra.niedersachsen@t-online.de

Sprecherinnen

Dr. Antje Richter
Landesvereinigung für Gesundheit (LVG)
Niedersachsen e.V.
Fenskeweg 2
30165 Hannover
Tel.: (0511) 3 50 00 52
Fax: (0511) 3 50 55 95

Gudrun Sixtus
Verband Alleinerziehender Mütter und Väter
(VAMV) – Landesverband Niedersachsen
Bocksmauer 19
49074 Osnabrück
Tel.: (0541) 2 55 84
Fax: (0541) 2 02 38 85